

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, Mai 1928. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifennummer vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Anhänger, Zersetzung in einen großen Teil der gerade erst gegründeten Ortsgruppen. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt ein Schreiben von Schmalz, Mitzsch, Paul Schöler, Ruth Fischer und Max Low, das an die Exekutive der Komintern und das ZK der KPD (Merkt da was?) gerichtet ist. Es wird mitgeteilt, daß die Aufstellung selbständiger Kandidatenlisten zur Spaltung des Lenin-Bundes und zum Austritt der Gruppe geführt habe: die Fehler des Lenin-Bundes sind unheilbar. Die Frage des Verhältnisses zur KPD in Verbindung mit der Wahlfrage hat deshalb an einen Bruch herangeführt, weil sich in ihr am krassensten die ganze Falschheit der politischen Linie des Lenin-Bundes widerspiegelt. Wir fordern alle unsere Genossen im Leninbund auf, für die leninistischen Anschauungen innerhalb der KPD, zu kämpfen, also den Lenin-Bund zu verlassen und in die KPD einzutreten, um dort im Rahmen des Statuts und der Komintern-Beschlüsse für die Stärkung des Leninismus zu arbeiten.

Die Freude hat also nicht lange gedauert. Was noch übrig bleibt, blüht noch so gut es eben geht. So hat die Organisation der Pflanz beschlossene, bei den Wahlen nicht unter der Flagge des „Leninbundes“ zu stehen, sondern sie nennt sich „Alle Kommunistische Partei“. In einem Brief an das Zentralkomitee der KPD, unterzeichnet sie deren Kandidaten einer vernichtenden Kritik als Feiglinge und Verräter am Proletariat — um dem EK, in demselben Brief eine Listenverbindung vorzuschlagen. Natürlich ohne Erfolg, und so ziehen sie alleine in den „Wahlkampf“, und schämen sich in Wahlversammlungen mit ihren einseitigen „Führern“ herum, die für die KPD, in die Bresche springen. Diese Konfusion ist wahrhaftig nicht mehr zu überbieten. Armer großer blonder Urbaba!

Die Arbeiter des Leninbundes mußten deswegen die Opfer politischer Gaukler werden, weil sie nicht begriffen haben, daß die Ursache des Bankrottes nicht nur der SPD, sondern auch der Einseitigkeit von USP, und der KPD, die parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik ist. Ein neuer Name, oder die Leiche Lenins kann diese Tatsache nicht ändern. Die Bedingungen des revolutionären Klassenkampfes erfordern eine konkrete Stellung zum Klassenkampf, der an die gewerkschaftlich-parlamentarischen Schranken gebunden ist. Wer dazu nicht fähig ist, infolge erblicher sozialdemokratischer oder leninistischer Belastung, kann dem Fluch der Lächerlichkeit nicht entgehen.

Der Weg in den Sumpf
Wir lesen im „Berliner Tageblatt“ vom 28. April 1928 folgende Meldung (Abendausgabe):
Neuwahl der Potsdamer Stadträte.
Die Kommunisten stimmen für die Sozialdemokraten. In der gestrigen Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde die Neuwahl der unbesetzten Stadträte vorgenommen. Die Sozialdemokraten erhielten vier unbesetzte Stadträte, die Mittelgruppe drei und die Sozialdemokratie fünf neue Stadträte. Die Kommunisten stimmen für die sozialdemokratischen Stadträte, und zur Begründung führte der Stadtverordnete Haasemann (Komm.) aus: Wir haben für die Sozialdemokratie gestimmt, aber nicht aus Liebe, sondern aus taktischen Gründen, weil die Sozialdemokratische Partei die Lage der Arbeiter im Stadtparlament verbessern kann.

Nach ein Wahlsieger
Béla Kun. Wien, 30. April 1928. Die Götter scheinen der KPD. günstig zu sein: Sie schütten ihr die Wahlsieger in den Schoß! — Also richtig ist es: Béla Kun ist hier verhaftet worden, doch wird ihm nichts geschehen. Heil und ganz ohne Abzüge wird er wieder nach Rußland gesendet werden. Interessant ist aber, warum er eigentlich nach Wien gekommen ist.
Béla Kun, unruhlichst bekannt aus den Kämpfen von 1918 — ein Kämpfer, zu dem noch mehr zu sagen sein wird, steht seit langer Zeit mit den ungarischen Kommunisten in zrimmeriger Feindschaft. Die temperamentvollen ungarischen Genossen kümmern sich den Teufel um die russischen Parolen, sie machen revolutionäre Politik auf eigene Faust und schrecken nicht, was ihnen die Moskauer Thesenatmosphäre vorsetzt. Dementsprechend wurden sie natürlich auch von Moskau im Stich gelassen. Als der entmenschte ungarische Faschismus Rakosi, Szanto, Vazy und Genossen auf das vielschichtige folterte, rührte das Vaterland der Arbeiter, das „Sechstel der Erdberrfläche“ keinen Finger. Kun ist nun nach Wien gekommen, um die unbotmäßigen ungarischen Revolutionäre, die dem Kulakenkönig den Gehorsam verweigern, abzusetzen und durch ein paar verläßliche Lenioker zu ersetzen. Dies war der Zweck seiner Reise, nicht „Weltrevolution“. Die Bourgeoisie fürchtet keinen Béla Kun und er wird nicht nach Ungarn ausgeliefert werden. Solange die Béla-Kuns das große Wort führen, ist ohnehin das Proletariat der ganzen Welt an die Bourgeoisie ausgeliefert.

Aus den Wirtschaftsbezirken
Mitteldentschland
Die KPD. wird Wähler.
Am vergangenen Freitag fand in Weifenfels a. S. die erste Wahlversammlung der KPD. statt. Schon als man den Saal betrat, bemerkte man den gesunkenen Einfluß der KPD, an den leeren Plätzen gegen die in den Vorjahren überrillten Versammlungen. Als Redner konnte man den Landtagsabgeordneten Lademann aus Halle begrüßen, den man eigentlich eher als „neuesten Stern am Firmament der Varietékünste“ bezeichnen müßte, denn seine Hauptausführungen bestanden in lauten Witzen gegen die Gewerkschaft seiner Partei. Hauptgeschäft versuchte er gleich im Anfang seiner Rede provozierend gegen unsere Genossen zu hetzen und Pogromstimmungen zu erzeugen, wußte er jedoch bei den anwesenden Proleten wenig, Beifall fand. Denn die Proleten, welche durch die Plakate, die auf die bluternste Situation hinwiesen, gekommen waren, waren doch sehr enttäuscht über die Harlekinade des einst „revolutionären Arbeiters“ Lademann, denn nur sensationistische und hysterische Panzerreden konnten den launen Kasernenbesitzer Beil kläglich. L. verstand es ausgezeichnet, die gesamte KPD-Wahlgenossenschaft durch persönliche Angriffe in den Kot zu ziehen, auf das einzige Himmelreich Rußland verweisen, aber den Proleten die bluternste Situation klarzumachen und den

Klassenbewußte Arbeiter
kämpfen gegen Parlamentarismus und demokratischen Betrug und lehnen es ab, die Geschäfte der kapitalistisch-parlamentarischen Parteien zu finanzieren. Sie kämpfen für die Revolution und sammeln für den Kampf Fonds der revolutionären Partei und ihrer Presse.
Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42

blutigsten Weg, den die Arbeiterschaft zu gehen hat, aufzuzeigen, hatte dieser Kasper kein Interesse und wäre ja auch als Mitglied der KPD, nicht in stände dazu gewesen, die ja nur durch Phrasen und Betrug ins stände ist, Wähler zu fangen. Die Aufgaben, die L. dem Proletariat zuweist sind nur: wählt, wählt und wählt nochmals die KPD.
Als erster Diskussionsredner sprach einer von unseren Genossen. Und es war das erstmal in Weifenfels, daß unser die wirkliche politisch-wirtschaftliche Lage zu entwickeln und an Hand unseres Programms den einzigen Weg aufzuzeigen, den die Arbeiterschaft zu gehen hat, nämlich Klassenzusammenschluß in den Betrieben zur Allg. Arbeiter-Union. Er bewies in seinen Ausführungen den bisherigen Verrat, den die KPD, gerade in Parlament und Gewerkschaft treibt, daß sie sogar inneren zu stören, aufgegeben hat, um wie alle anderen revolutionären Parteien durch Anträge, die höhere Besoldung von höheren Beamten, Zuschüsse für Kirche, Polizei usw. fordern, den derte den L. auf, das von ihm gebrachte Tatsachenmaterial in seinem Schlußwort zu widerlegen. Mehrmals wurde unser Genosse von zustimmenden Zwischenrufen unterstützt, natürlich nicht in den Betrieben, selbst als Referent zu versprechen, unseren Genossen durch Zwischenrufe zu unterbrechen. Aber Proleten verlangten, unseren Genossen auszusprechen zu lassen und zöhlen auch am Redeschluß seinen Ausführungen Beifall. Nachdem sprach ein Nationalsozialist in bekannter Weise.

In seinem Schlußwort konnte natürlich Lademann unser gebrachtes Tatsachenmaterial nicht entkräften, sondern gab die Fehler, die überall gemacht werden, zu. Arbeiter, sozialdemokratischer oder leninistischer Belastung, kann dem Fluch der Lächerlichkeit nicht entgehen.
In seinem Schlußwort konnte natürlich Lademann unser gebrachtes Tatsachenmaterial nicht entkräften, sondern gab die Fehler, die überall gemacht werden, zu. Arbeiter, sozialdemokratischer oder leninistischer Belastung, kann dem Fluch der Lächerlichkeit nicht entgehen.

Was sagt Rosa Luxemburg?
„Alle bisherigen Revolutionen haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte im Zügel halten muß, damit diese die Revolution nicht verraten.“
Klassenbewußte Arbeiter boykottieren die Reichstagswahl

Ruhrgebiet
Der wildgewordene Parlamentarier.
Lohn- und Arbeitsbewegung in Ruhrgebiet. Was geht in den Schlichtungskammern vor? Ueber diese Fragen sprach der Leiter der Gewerkschaften in der Ruhr, Herr Eickel. Wenn jemand glaubte, er würde sich an die Tagesordnung halten, so wurde er durch die Tatsachen eines anderen belehrt. Der von Kende mit seinem Verbot des RFB, die Gewerkschaften zu unterstützen, schied sich. Ein kritischer, die französischen Stichwahlen usw. Nach einer Stunde Wahlpropaganda, endlich „Lohnhöhung der Bergarbeiter“. Untermhagen haben doppelte Buchführung, Schiedsgericht und Taktik erlernt, brachte die Gewerkschaften, Braunkohlenbergarbeiter und Sachsen, Metallarbeiter. — Aber wenn der Ruhrbergbau nur 8 Tage streikt, ist die Sache gemacht.

Zur Diskussion meldete sich der Genosse K. aus Herne. Das Referat wurde zerplittert unter kritischen Bemerkungen, wozu bei Beispiel Friedenskonferenz, daß die amtlichen Dokumente der Sowjetregierung bei D. N. Professor Hoetsch in „Ost-Europaveit“, erschienen. Die Herrensverwaltung brachte 113 Millionen der Gewerkschaften 10 Millionen für ihre Dienste im Interesse des Kapitals. Für die Beschaffung von Munition hat auch „Sowjet“ rußland gesorgt. — Jetzt wird Gustav nervös und greift den Genossen K. persönlich an, wie Spitzer aus Jugoslawien, Friedensstimm schreit. „Punkt Ein alterer KPD-Mann sagt ihr, wenn Du das noch mal tust, so werfe ich Dich an die Wand, daß Dir der KAPismus verheißt.“ Die EKKi-Treuen versuchen zu toben. — Durch die Energie des Genossen K. wird die Diskussion, daß die in diesem Lokal eine öffentliche Versammlung arrangieren wird, beruhigte sich der Sturm. Die Ausführungen, daß der moderne konzentrierte Kapitalismus auch moderne proletarische Kampfmethoden und Taktik erfordert, brachte die Gewerkschaften, Braunkohlenbergarbeiter und Sachsen, Metallarbeiter. — Aber wenn der Ruhrbergbau nur 8 Tage streikt, ist die Sache gemacht.

Organisatorische Mitteilungen
Achtung, Hamburg!
Am Dienstag, den 15. Mai 1928, 8 Uhr, im Lokal Eckelmann, Ecke Hamburgstr. und Bartholomäusstr., wichtige Mitteilungsverammlung Partei und Union. Kein Genosse darf fehlen! Sammellisten für den Kampf Fonds müssen am 15. Mai beim Kassierer abgerechnet und zurückgegeben sein. Zahlungen à conto sind dringend notwendig.
Eine Reihe von Unionsgenossen haben die Solidarität Mitteldentschland, noch nicht bezahlt. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um jeden Genossen zur Pflächterführung zu veranlassen. Die Arbeitsausschüsse.

Unentbehrliche Waffen für jeden Klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind
Die KPD, im eigenen Spiegel 0,75 Mk.
Der Bonzenspiegel 0,80 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Lest die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“
Zu beziehen durch Bezirk:
Berlin-Brandenburg: Arbeiter-Buchhandlung, Berlin SO, Luisenpark Platz 13.
Bayern: W. Graf, München, Tal 28.
Mitteldentschland: W. Balhaus, Halle a. S., Jakobstr. 27.
Magdeburg-Anhalt: Harz, Magdeburg, Umfassungstr. 25.
Mittelrhein: Max Holz, Köln, Vonderstr. 33.
Niederrhein: Valentin Gross, Düsseldorf, Kirchr. 31.
Niedersachsen: Hans Eingeck, Hannover, Wiesenstr. 4.
Pommern: Goetzke, Stettin, Schiffbaustr. 5.
Ruhrgebiet: F. Szycymczak, Buer i. Westf., Koloniestr. 25.
Sachsen: Schickel, Leipzig, O. 28, Mariannenstr. 28.
Süd-West: E. Herwegh, Frankfurt a. M.-West, Ginnheimer Landstr. 6.
Wasserkante: H. Eckelmann, Hamburg 22, Bartholomäustr. 1.
Herzogtum und für den Inhalt verantwortlich: Georg Ströbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszonatz, Berlin O 17.

Öffentliche Versammlungen
Groß-Berlin.
Mittwoch, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr.
Pharus-Säle, Müllerstraße.

Duisburg.
Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr,
im Lokal Hemmerz, Neudorfer Straße 120.
Thema:
Massenaktion oder Stimmzettelmödie.

frech Kommunisten. Sie sind zu jeder Lüge und zu jedem Verbrechen fähig.
Eigentlich sollte der Reichstagsabgeordnete Jaddach in dieser Versammlung sprechen. Am Tage vorher in Gelsenkirchen-Buer hat Jaddach im Lokal Kalkeweg sieben KAPisten, zwei Rote Frontkämpfer, eine KPD-Stenotypistin und drei EKKi-Treue als Versammlungsbesucher gehabt, wold durch Handzettel auf drei Schachtanlagen Propaganda gemacht worden war.

Leipzig
Die sächsischen Metallarbeiter sind, wie vorauszusehen war, der Schlichtungssatz zum Opfer gefallen. Einige lempige Bettelplempeler werden mit einer Laufdauer des neuen Zwangsparits von einem Jahr dekrediert und von den Gewerkschaften als „Erfolg“ ausposaunt.
Die KPD-Opportunisten des DMV in Leipzig hat zu einem großen Schläge gegen den Reformismus ausgeübt. Dem Reichrat der Sächs. Arbeiterzeitung nach zu urteilen, sind die Moskauer drauf und dran, den Kampf der Leipziger Metallarbeiter weiterzutreiben über die Verbindlichkeitserklärung hinaus, nachdem der Oberbesitzer der Leipziger Gewerkschaftsbestitz an Antrag der Opposition in der letzten Funktionierversammlung erklärte, er sei entschlossen, den Kampf nicht nach Verbindlichkeitserklärung „bis zum siegreichen Ende“ zu führen. Die KPD, hatte nun am Mittwoch, den 16. April, eine Versammlung der Metallarbeiter-Opportunisten der Ostlen Leipzig abgehalten. Es sollte in dieser Versammlung festgelegt werden, welche Stützpunkte die KPD in den Metallbetrieben habe. Es stellte sich aber heraus, daß in den Metallbetrieben eine Stütze der Opposition vorhanden ist, trotzdem in manchen großen Betrieben 15 bis 20 KPD-Mitglieder sich befinden. Aber diese tapferen Oppositionisten weigern sich, „Zellenarbeit“ zu leisten, so daß ihr Vorhandensein überhaupt nicht in Erscheinung tritt, weder im Betrieb, noch in den Gewerkschaften.

Doch die KPD, hat einen Ausweg gefunden, und die Reformisten mögen zittern! Am 20. Mai — so erklärte der Reichrat der KPD — finden die Wahlen statt. Und wenn die SPD-Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung hinaus zu arbeiterkampf über die Verbindlichkeitserklärung hinaus zu führen, nicht halten wollten, dann werden die Metallarbeiter ihnen die Quittung dafür geben, indem sie restlos — die Liste der Kommunisten, die Wahl wählen! — fürwar, ein probates Mittel! Anstatt die revolutionären Kräfte der Metallbetriebe zusammenzufassen in revolutionären Betriebsausschüssen, die den Kampf über die Gewerkschaften hinweg organisieren und den geplanten Verrat der Schärer und Konsoren aufzuheben — hieren sie sich über die Verbindlichkeitserklärung in einen Wahlswindl, und wollen auf dem Rücken der hungrigen Metallarbeiter ein paar fette Pfunde im Parlament ergattern.
Wie die Gewerkschaften die Stützen des Kapitals, so sind diese KP-„Eroberer“ die Zähler der Gewerkschaftsbörsen. Eine Sammelblüte stützt die andere! Die Leipziger revolutionären Metallarbeiter haben jetzt die Aufgabe, den Nebel der KPD zu zerstören und die Fortsetzung des Kampfes zu organisieren mit Hilfe revolutionärer Betriebsausschüsse.

Metallarbeiter in Sachsen und im Reich
Der Verrat ist perfekt! Schlecht auch zusammen! Heraus aus den Gewerkschaften die Allgemeine Arbeiter-Union, Heraus aus den Gewerkschaften die Allg. Arbeiter-Union, das ist die revolutionäre Kampffront des gesamten Proletariats, die Betriebsausschüsse sind das Instrument zur Niederringung des Kapitals.

9. Jahrg. Nr. 36
Mittwoch, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr.
Pharus-Säle, Müllerstraße.
Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr,
im Lokal Hemmerz, Neudorfer Straße 120.
Thema:
Massenaktion oder Stimmzettelmödie.

Leipzig
Die sächsischen Metallarbeiter sind, wie vorauszusehen war, der Schlichtungssatz zum Opfer gefallen. Einige lempige Bettelplempeler werden mit einer Laufdauer des neuen Zwangsparits von einem Jahr dekrediert und von den Gewerkschaften als „Erfolg“ ausposaunt.

Viellärm um nichts
Nun trennen uns nur Stunden von der „großen Abrechnung“ der Wahlen, von der die parlamentarischen Parteien ihre Lippen und Hören man schon seit ungefähr 4 Wochen die Köpfe voll schwätzen. Der Wahlrummel ist auf seinem Höhepunkt angelangt und wird bald mit kläglichem Gemwimmer abblauen wie ein Jahrmarktspielzeug zum Aufbläsen, dem plötzlich die Luft ausgeht.
Die Herren Abgeordneten aller Parteien werden ihren Nennzweig in die Parlamente halten und „siegreich“ Diäten schlucken, während der proletische Wähler, durch den großen Akt schlapp geworden, kläglich ins. Joch seines alltäglichen Elends zurückgeworfen und von seinen Angehörigen vier Jahre lang erient hinter Licht geführt und gerumpelt wird.
Es ist Zeit, die Bilanz der Wahlrummels zu ziehen. Und diese ist nicht uninteressant. Daß sie, was das Wesen der Sache anlangt, für die Proletariermassen keineswegs aktiv ist, wurde schon angedeutet. Denn an den Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit wird, wie in diesen Spalten schon oft dargelegt wurde, durch den Wahlrummel, die Wahlen und die Tätigkeit der parlamentarischen Arbeiterparteien nicht im geringsten etwas geändert. Die Schlichtungspreise saugt wie stets hernieder, die Rationalisierung geht weiter, der Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse wird schon, weil der „Wahlswindl“ so glatt gelang, noch schärfer und rücksichtsloser werden, die Lebenshaltung der Arbeiter noch mehr sinken. Denn auch die Welle der Preise steigt unanhaltsam an.
Aber noch in anderer Weise war der sogenannte „Wahlkampf“ interessant. Zeigte er doch selbst in seinen Aeußerlichkeiten und Einzelheiten, wie sehr das spezifische Gewicht des Parlaments im ganzen der bürgerlichen Politik gesunken ist.

Selbst, wenn man sich auf den Boden des Parlamentarismus stellt und die Dinge aus seinem Gesichtswinkel betrachtet, muß man sagen, daß der „Kampf“ mehr denn je ein Nichts gilt. Wo sind die großen Parolen von Linksregierung und Weimarer Koalition geblieben, die noch vor wenigen Jahren die Plattform des demokratischen Parlamentarismus der schwarz-rot-goldenen Republik beherrschten? Wo hat man von der republikanischen Union gehört, die Herr Dr. Wirth, bevor er üblich zu Kreuzen kroch, im „Berliner Tageblatt“ und verwandten Zeitungen mit so viel Tumult ampires und aufzuheben versuchte. Diese Union und Vereinigung der echten, wahren Republikaner in dieser alterschwachen Republik hat es nicht einmal zu einem Vorflücht gebracht. Sie ist im Reil der „realpolitischen Notwendigkeiten“ elendiglich kriepert, noch bevor sie recht geboren wurde.
Im Grunde hat sich eine unverrückbar-parlamentarische Kombination gebildet, als deren Angelpunkte die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei und die internationale großkapitalistisch-imperialistische Außenpolitik ihres Repräsentanten Stresemann anzusehen sind. Daran wird nicht rüttelt, ob man nun den Deutschen und den Sozialdemokraten gestattet, die „rechte“ bzw. „linke“ Flügelpartei zu spielen. Demokraten und Zentrum haben sich in diese ewige Kombination längst eingefügt, auch, wenn die Demokraten dem „Bürgerblock“ gegenüber „Opposition“ mimten. Diese „Opposition“ war auch danach.

Auf die Beteiligung an dieser Kombination ist der ganze „Wahlkampf“ der Sozialdemokraten eingestellt. — Sie sandten nicht umsonst in den letzten Wochen des verlassenen Reichstags in der Hauptsache nur noch drei „Staatsmänner“, wie Karl Severing, auf die Rednertribüne.
Hinter all dem Wesen und Unwesen des heutigen deutschen Parlamentarismus steht mit dem Schwert des Scharfrichters bereits Herr Dr. Lüthi und mit ihm im Bund für die „Erneuerung“ des Reiches, d. h. für die offene Etablierung der längst bestehenden Diktatur des Schwerkapitals und seiner Vertreter in der hohen Bürokratie des Reiches und der Länder. Unter diesem Zeichen stand der Wahlkampf. Er war ohne Zweifel weniger heftig und noch mehr jeder politischen Inhalt bar als seine Vorgänger. Die Bürgerlichen vom Schlag der Deutschen Volkspartei und der ihr am nächsten verwandten parlamentarischen Sippen halten es wahrscheinlich nicht mehr für vorsehn, den Kampf um den parlamentarischen Kadaver des Parlaments mit allzu großer Heftigkeit und Verve zu führen. Die Wirtschaftsführer in (Schluß Seite 2)

Berlin, Mai 1928.
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Pl. 13.

Spiegel des Wahlkampfes
Thomas oder Amanullah?
Was die Mittel der Hypnose für den Wegezagerer, den Straßenauber sind, das ist der Wahlkampf für die parlamentarischen Parteien und ihre Führer. Wenn es noch einiger Beweise bedürft hätte, daß der Parlamentarismus nur Morphium ist, um das Proletariat gegen die ihm wirklich drohenden Gefahren unempfindlich, gegen seine wirklichen Feinde blind zu machen, so wären sie in den letzten Tagen restlos erbracht worden — von allen parlamentarischen Arbeiterparteien und ihren „bewährten Führern“. Jene wissen auch, daß hier nicht zu spaßen ist und so wird erst recht alles daran gesetzt, um die Opfer, denen durch den Wahlkampf nach allen Regeln der Kunst das Fell über die Ohren gezogen werden soll, vollends zu hypnotisieren, — sie vollends durchzureden.
Dort, wo der Parlamentarismus schon die größten „Erfolge“ aufzuweisen hat, wo er sich gewissermaßen schon internationale Positionen „erkaufte“ hat, ist er naturgemäß am ausgewachsensten, am reifsten; dort ist die Flucht schon ganz klar zu erkennen. Und so traf es sich, daß Herr Albert Thomas, seines Zeichens Sekretär des internationalen Arbeiters, mit einem Einkommen von zirka achtzigtausend Schweizer Franken — das sind rund neun 6000 Reichsmark monatlich — nebst den dazu gehörenden Kleinigkeiten, Spanien und, nach Italien fuhr, um die kulturellen, sozialen und sonstigen Errungenschaften des Faschismus in Augenschein zu nehmen. Der Mann ist einfach platt gewesen. „So viel Liebe zum Proletariat, so viel Aufstieg, so viel Fortschritt hätte der Mann sich gar nicht träumen lassen. Wir haben Proben seiner Rede über den Faschismus in der letzten Nummer der „KAZ“ veröffentlicht. Dieser Lump überschlug sich förmlich vor Freude über die Herrlichkeiten, die der Faschismus über das Proletariat ausschüttet, so daß selbst seinen italienischen Freunden seiner eigenen „International“, wir wir an anderer Stelle zeigen, die Haare zu Berge stiegen. Um der Gemeinheit die Krone aufzusetzen, erklärte dieses Subjekt dort zynisch, daß es eigentlich besser sei, wenn er nicht zu den Faschisten übertrete und „auf seiner alten soliden Position“ bleibe, weil gerade dadurch die Zusammenarbeit mit den italienischen Henkern sich am schönsten bewerkstelligen ließe. Was kümmert diesen Strolch die „Kleinigkeit“, daß in dem von ihm über den grünen Klee gelobten Land des „sozialen Fortschritts“ die Proleten ausgebeutet werden wie Ungezieher, und daß noch kein menschliches Hirn eine Grausamkeit, Menschen zu quälen, ausgeheckt hat, die in dem von Thomas gelobten Lande Mussolinis nicht praktiziert worden ist! Was tut man nicht alles, um für achtzigtausend Schweizer Franken für ein „Frieden“ zu kämpfen, — so wie man ihn anfängt?
Die „Rote Fahne“ nagelte diese Heldentaten ihres Gewerkschaftskollegen ebenfalls fest, und man hätte eigentlich annehmen sollen, daß die Sozialdemokratie wenigstens eine zu nicht verpflichtende Geste übrig gelassen hätte, um sich wenigstens in der Phrase den Rücken freizuhalten. Wie gefehlt!

Unter der Überschrift: „Italienischer Salat“ macht die Zeitung der Noskepartei einige faule Witze. Ungeläufig so: Gott, ja, was ist denn schon los? Der Mann muß doch nun einmal in seiner Eigenschaft als bestallter internationaler Vorkämpfer für den „Weltfrieden“ auch mit dem Faschismus Fühlung nehmen. Und daß er kein Faschist ist, hat er ja auch gesagt. Wir brauchen das, was er sagte, ja nur zu decken, aber wir müssen die „Zwangslage“ ebenfalls begreifen. Und dann liegt uns ein genauer Bericht ja auch noch nicht vor. Die KPD hätte, so heißt es dann weiter, gar kein Recht, das Maul so weit aufzulegen, denn die Sache mit Schorsriegel, — Verzeihung! — die Sache mit Amanullah stinkt denn doch noch bedeutend stärker. Deswegen müßten alle Proletarier die richtigen Konsequenzen ziehen, und erst recht die Partei Noskes und Thomas' wählen.

Die Proleten der SPD, werden von dieser Argumentation ihrer Führerbourgeoisie auch nicht gerade erbaut sein, — sonst müßte man wahrhaftig am Proletariat überhaupt verzweifeln — aber sie sind nun dem Wahllober bereits so gepackt, daß ihnen das politische Bewußtsein völlig abhanden gekommen ist. Sie wollen einen „Wahllober“ und begreifen nicht, daß am Ende dieser Erfolge die Noskes, die Thomas', die Zickler und Konsorten stehen, daß gerade durch diese „Erfolge“ für die

Bei Bezug unter Streifennummer vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Bourgeoisie das Heer verstärkt wird, die sie gebraucht, um das Proletariat mit allen Mitteln, zuletzt mit den Mitteln der grausamen Bestialitäten niederzuhalten. Und so wählen diese armen Teufel noch einmal — Mussolini; dorthin führt, wie nicht nur der Fall Thomas, sondern die Geschichte der 2. Internationale beweist, der Parlamentarismus!
Es ist ganz charakteristisch, daß sich die Proleten abspenken lassen mit blödester Demagogie, und auch diese ideologische Verlotterung ist nur möglich durch die Kampferfolge der „Wahlkämpfe“. So erleben wir nun kurz vor dem großen „Sieg“ die charakteristische Tatsache, daß jede parlamentarische „Arbeiterpartei“ ihre eigenen Lampen, „rechtfertigt“ — mit den Lumpereien der Konkurrenz. Bringt die Noskepresse eine Karrikatur auf Amanullah, bringt die Piek-Zeitung eine solche auf Thomas. Und die Proleten scheinen mit einer solchen „Aukklärung“ zufrieden zu sein! Da muß man denn doch klar aussprechen: Wenn Thomas auf dem Banche liegt vor Mussolini und die Logik daraus ist, daß damit die gerade zu perverse Beweibehauptung des albanischen Mussolini gerechtfertigt wäre — dann glückliche Reise! Dann wählen die anderen Amanullah, weil ihre „Gezner“ ja auch den Mussolini wählen. Woza denn überhaupt noch „Kampf“, ja selbst „Wahlkampf“? Wenn ja, dann seit wenigstens konsequent und schreit: „Nieder mit Mussolini, hoch Amanullah“, damit man weiß, wie weit es der Parlamentarismus noch bringen kann mit seinen „Erfolgen“.

Was das alles nicht mehr überzeugt, der wird auch durch die durch die Korruption hinweggeschwemmte parlamentarische Spülstoffotterblüte „Leninbund“ im Moment nicht überzeugt werden, trotzdem die „Geschichte“ des Leninbundes eigentlich die Geschichte nicht einmal einer parlamentarischen Spül- sondern Nachgeburt ist. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß der verwegentüchtige Leichnam Lenins nur für jene ein „Programm“ sein kann, die an Geschmacklosigkeit und politischer Naivität alles zu überbieten sich in den Kopf gesetzt haben. Dieser Eitelkerkel an dem gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Kadaver ist nun aufgegangen, und die mit religiösem Abglauben an dem Leninismus genarrten Proleten sehen zu ihrem Schrecken, daß die „Linken“ um die Gauerbande Ruth Fischer, Maslow, Scholen so unter „Kommunismus“ verstehen. Alles rennet, rettet flüchtet! Die einen haben sich bereits der Noskepartei verschrieben, die anderen stehen flehend vor den Toren Moskaus, bereit, die Silberlinge in Empfang zu nehmen, um dafür zum so und so vielen Male ihren Bankrott eigenhändig zu unterschreiben. Wir geben zu: Eine solche jämmerliche, unvernünftige, skrupellose Gemeinheit sieht bis heute unübertroffen da. Da weiß man wirklich nicht, wessen solche Gestalten eigentlich fähig wären, wenn sie es zu einer einflußreicheren Position hätten bringen können.

Der Prozeß des Verfalls der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nimmt Formen an, die dem objektiven Beobachter den Schauer über das Rücken jagt. Aber das Tragische an der ganzen Angelegenheit ist, daß die Proleten gar nicht merken, wie sie selbst mit verpestet werden. Von der ganz „Rechten“ der Sozialdemokratie, bis zur „linksten“ Lennecke breitet sich der gleiche Dunst politischer Korruption und erbärmlichsten Seelenfaules an. Die Sklavenhändler eilen wie Börsenjobber hin und her und notieren die Kurse, überlegen, wo nun Aktien zu erwerben sind, und einige Tage vor der Wahl ist noch nicht klar, ob die „Orthodoxen“ — diese „Führer“ sind gar kein politisches Problem mehr, sondern eine rein kriminelle Angelegenheit — ihre letzten folgenden Proleten best ihrem „Volkswillen“ an die SPD, oder an die KPD, sich zu verkaufen entschließen. Nur eines ist ganz klar, nur nach einer Richtung zeichnen sich die Konturen ganz deutlich ab: die Proleten, die überhaupt wählen, — sie wählen damit überhaupt die Methode der „Arbeiterpolitik“, vermittelt über sie immer von neuem den Henken des Proletariats ausgeliefert werden; sich selbst ausgeliefert! Sie wählen mit der Wahl der parlamentarischen „Arbeiterpolitik“ den eigenen Selbstmord, weil diese Politik notwendig die Etappe zum Faschismus ist. Sie wählen Mussolini oder Amanullah.